

**Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich**  
**Sitzungstermin: Montag, 03.03.2003**  
**Raum: Ratssaal des Rathauses**  
**Sitzungsbeginn: 17:50 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:40 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Frau Marie-Luise Weber SPD

**Ordentliche Mitglieder**

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Torsten Wilters CDU

Herr Walter Backhaus CDU

Frau Doris Kley CDU

Frau Hannelore Druivenga SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Frau Evelyn Fisbeck F.D.P.

Frau Inge Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

für Walter Steinhausen

für Wilfried Wefer

**Grundmandat**

Herr Egon Düser UWG

**Verwaltung**

Herr Dieter Decker

Herr Günther Henkel

Herr Frank Dudek

Herr Fritz Sundermann

Herr Michael Hollmeyer

Herr Ralf Kobbe

Bürgermeister

Protokoll

**Gäste**

6 Zuhörer

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.05.2002
- 4 Kindergartenentgelte  
Vorlage: 2003/005
- 5 Bedarfsermittlung für Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten während der Mittagszeit und Mittagessenangebot für "Halbtagskinder"; Antrag Fraktionen Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2003  
Vorlage: 2003/033
- 6 Einrichtung einer integrativen Gruppe im Kindergarten Loy  
Vorlage: 2003/034
- 7 Haushaltsplanentwurf 2003  
Vorlage: 2003/006
- 8 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Weber eröffnet die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses um 17:50 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Weber stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.05.2002**

**Der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses vom 06.05.2002 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Kindergartenentgelte**  
**Vorlage: 2003/005**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Sundermann erläutert, dass die Gemeinde Rastede im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden und Städten verhältnismäßig geringe Kindergartenentgelte erhebt. In den übrigen Ammerland-Kommunen erfolgt eine Staffelung nach Betreuungsdauer und Einkommen, die von der Gemeinde Rastede seit dem 01.08.2000 nicht mehr angewandt wird. Herr Sundermann macht darüber hinaus deutlich, dass, neben der vorgeschlagenen Erhöhung zum 01.08.2003, eine Anhebung des Kostendeckungsgrads durch Elternentgelte in jährlichen Schritten von derzeit 25 auf 30 Prozent im Jahr 2008 bei rechnerischer Vollausslastung der Plätze angestrebt wird. Dies entspricht pro Jahr bei einer einprozentigen Steigerung rund 4 Euro.

Herr Güttler erkundigt sich, ob aufgrund der vorgesehenen jährlichen Anpassung des Kostendeckungsgrads um 1 Prozent in den kommenden Jahren ein Beschluss über die Kindergartenentgelte nicht mehr nötig ist.

Herr Sundermann gibt daraufhin zu verstehen, dass eine jährliche Überprüfung der Kindergartenentgelte und die daraus resultierende Beschlussfassung nicht entfällt.

**Beschlussempfehlung:**

**A)**

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.08.2003 wie folgt neu festgesetzt:

**Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:**

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 77,-- Euro
	2 = 72,-- Euro
	3 = 67,-- Euro
	4 und mehr = 62,-- Euro

**Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:**

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 96,-- Euro
	2 = 90,-- Euro
	3 = 84,-- Euro
	4 und mehr = 78,-- Euro

**Entgelte für die Ganztagesbetreuung:**

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 168,-- Euro
	2 = 158,-- Euro
	3 = 148,-- Euro
	4 und mehr = 138,-- Euro

**Entgelte für die Schnuppergruppe:**

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 31,-- Euro
	2 = 28,-- Euro
	3 = 25,-- Euro
	4 und mehr = 22,-- Euro

**Entgelte für Sonderdienste:**

Frühdienst	7,-- Euro
Mittagsdienst	14,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen	42,-- Euro

**B)**

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten wird mit Wirkung ab dem 01.08.2003 wie folgt geändert:

**„Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten**

1. Der Anteil der Entgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben (Zuschüsse Dritter werden nicht abgezogen – außer für Integrationsgruppen)) soll bei rechnerischer Vollauslastung der Plätze **im Jahr 2003 = 25 %, im Jahr 2004 = 26 %, im Jahr 2005 = 27 %, im Jahr 2006 = 28 %, im Jahr 2007 = 29 % und ab dem Jahr 2008 = 30 %** betragen. Dabei bleiben die Ansätze des Vermögenshaushalts, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht.
2. Die Entgelte werden in Form eines Fixbetrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleichbleibend.
3. Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder einen Kindergarten, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50 %. Für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten.  
Diese Ermäßigung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essensgeld.
4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für g a n z e Monate erhoben.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 5**

**Bedarfsermittlung für Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten während der Mittagszeit und Mittagessenangebot für "Halbtagskinder"; Antrag Fraktionen Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2003**

**Vorlage: 2003/033**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Koopmann erklärt, dass mit dem Antrag erreicht werden soll, dass mehr Mütter einer Halbtagsbeschäftigung nachgehen können. Besonders für auswärts arbeitende Elternteile ist es vorteilhaft, wenn ihre Kinder bis 14 Uhr im Kindergarten betreut werden. Sie gibt zu verstehen, dass das zusätzliche Angebot selbstverständlich kostenpflichtig sein soll.

Frau Weber ergänzt, dass eine individuelle Regelung bei den Mittags-Öffnungszeiten erstrebenswert ist. Sie ist sich sicher, dass die Nachfrage nach einer längeren Betreuung recht groß sein wird.

Herr Sundermann macht daraufhin deutlich, dass derzeit nur der Kindergarten an der Mühlenstraße eine Ganztagsbetreuung anbietet. Allerdings ist mit dem jetzigen Personalbestand eine Verlängerung der Mittags-Öffnungszeiten nicht möglich.

Auf Nachfrage von Frau Weber erläutert Herr Sundermann, dass Flexibilität bei den Mitarbeiterinnen durchaus vorhanden ist, jedoch im Rahmen der 38,5-Stunden-Woche nicht mehr leistbar ist.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass ein zusätzliches Angebot auf alle Fälle bezahlt werden muss. Außerdem bezweifelt sie, dass ein Bedarf überhaupt da ist.

Auf Nachfrage von Herrn Backhaus betont Frau Darenberg, dass gemeinsame Pausen schon lange nicht mehr üblich sind. Selbst Dienstbesprechungen lassen sich tagsüber nicht mehr realisieren, so dass in der Regel auf den Abend ausgewichen werden muss.

Auf Nachfrage von Herrn Düser erklärt Frau Darenberg, dass in Wahnbek rund 20 Kinder das Angebot von 12 bis 13 Uhr nutzen. Um einen zusätzlichen Bedarf nach 13 Uhr zu ermitteln, ist eine Umfrage nötig.

Bürgermeister Decker schlägt daraufhin vor, eine Befragung in allen Kindergärten der Gemeinde Rastede durch die Elternbeiräte durchzuführen.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsermittlung für die Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten durchzuführen. Über das Ergebnis ist dem Ausschuss zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 6**

**Einrichtung einer integrativen Gruppe im Kindergarten Loy**  
**Vorlage: 2003/034**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Sundermann erklärt, dass die neu eingerichtete Integrationsgruppe im Kindergarten Marienstraße bereits voll ausgelastet ist und zusätzlicher Bedarf für die Kindergärten in Loy und Neusüdende besteht. Der Kindergarten Neusüdende bietet jedoch nicht die räumlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer integrativen Gruppe. Als möglicher Standort kommt daher nur der Kindergarten Loy in Betracht. Durch die Umwandlung einer Regelgruppe in eine integrative Kindergartengruppe fallen 11 Regelplätze weg.

Frau Langhorst unterstützt die Einrichtung einer integrativen Gruppe in Loy, bedauert aber gleichzeitig, dass die bisherige Krippenbetreuung aufgehoben werden muss.

**Beschlussempfehlung:**

Ab dem Kindergartenjahr 2003/2004 wird eine bestehende Regelgruppe im Kindergarten Loy in eine integrative Gruppe umgewandelt.

Die bisherige Krippenbetreuung im Kindergarten Loy wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 7**

**Haushaltsplanentwurf 2003**  
**Vorlage: 2003/006**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dudek berichtet über die Situation des Gesamthaushalts 2003 und erklärt, dass sich im diesjährigen Haushalt im erheblichem Maße nicht von der Gemeinde beeinflussbare Faktoren auswirken. Insgesamt müssen Mehrausgaben in Höhen von 1.009.000 Euro und Mindereinnahmen von 658.000 Euro verkräftet werden. Eine Nettoinvestitionsrate kann nicht ausgewiesen werden. Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt liegt trotz einiger von der Verwaltung eingearbeiteter Sparmaßnahmen bei 1.491.100 Euro.

Zum Vermögenshaushalt erläutert Herr Dudek, dass nur Maßnahmen veranschlagt wurden, die bereits laufen oder beschlossen sind. Maßnahmen die noch nicht beschlossen worden sind, wurden nicht veranschlagt. Trotzdem weist der Haushalt einen Kreditbedarf von 2.259.100 Euro aus.

Herr Sundermann informiert über folgende Änderungen beziehungsweise Ergänzungen in den Budgets:

<b>Glied.</b>	<b>Grupp.</b>	<b>Haushaltsstellentext</b>	<b>Ansatz (alt)</b>	<b>Ansatz (neu)</b>	<b>Veränderung</b>	<b>Begründungen</b>
4515	570000	Sachkosten Allgemein	10000	10500	500	Neuveranschlagung aufgrund Wirtschaftsplan Bauhof
4515	987000	Investitionszuschuss (Jugendraum Delfshausen)	0	5000	5000	Materialkostenzuschuss für Herrichtung des alten Sanitärgebäudes.
neu	neu	Investitionszuschuss Dorfgemeinschaftshaus Südbäke (Herrichtung Behindertenrampe, Pflasterung der Auffahrt)	0	5000	5000	Antrag Dorfgemeinschaft und Feuerwehr Südbäke.
4000	788000	Kostenerstattung für die Bädernutzung	14.000	4800	-9200	Wegfall freier Eintritt für Sozialhilfeempfänger ab Freibadsaison 2003.
4390	718100	Zuschuss an übrige Bereiche (Deutsch-Ausländischer Freundschaftsverein)	0	600	600	Laut VA-Beschlus jährliche Spende, über die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beschließen ist.
4130	162000	Erstattung vom Landkreis	95500	115500	20000	Erstattung höherer Kosten für Krankenhilfe in Einrichtungen (BSHG).
4130	740000	Krankenhilfe i.E.	30000	50000	20000	Es sind bereits mehrere kostenintensive Behandlungen erforderlich geworden.
4240	162000	Erstattung vom Landkreis	3000	6000	3000	Erstattung höherer Kosten für Sachleistungen (AsylbLG).
4240	791600	Sachleistungen	2000	5000	3000	Kosten für zwei teure Hörgeräte sind bereits angefallen (AsylbLG).
4643	171000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	22400	31600	9200	Erhöhte Zuschüsse wegen Integrationsgruppe.

## Niederschrift

4643	171100	Zuschuss vom Land Sachkosten und sonstige Integration	0	6900	6900	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	171200	Zuschuss vom Land - Fachpersonal Integration	0	14300	14300	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	172100	Zuschuss vom Landkreis - Integration	0	1200	1200	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	52001	Unterhaltung und Ergänzung bewegl. Vermögen - Integration	0	2900	2900	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	562001	Fortbildung - Integration	0	500	500	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	655000	Honorar Therapeuten und Fachberatung Integration	0	1500	1500	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4643	718600	Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche /Fahrkosten Integration)	0	2000	2000	Neuveranschlagung wegen Integrationsgruppe.
4644	110000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	47500	39000	-8500	Änderung wg. Betriebsbeginn zum 1.2.2003
4644	171000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	42900	32300	-10600	Änderung wg. Betriebsbeginn zum 1.2.2003
4644	171100	Zuschuss vom Land Sachkosten und sonstige Integration	11700	15400	3700	Höherer Zuschuss infolge mehr integrativer Kinder.
4644	171200	Zuschuss vom Land - Fachpersonal Integration	22600	31000	8400	Höherer Zuschuss infolge mehr integrativer Kinder.
4644	172100	Zuschuss vom Landkreis – Integration	2500	1300	-1200	Geringerer Zuschuss wegen zweiter Integrationsgruppe in Loy.
2920	641650	Schülerunfallversicherung	700	0	-700	Neuveranschlagung bei Hh.Stelle 4644.641000, Änderung Gliederung.
4644	641000	Schülerunfallversicherung	0	700	700	Bisher Hh.Stelle 2920.641650, Änderung Gliederung.
4648	718400	Zuschuss an übrige Bereiche (Spielkreis Rastede-Nord)	45700	48200	2500	Erhöhte Veranschlagung aufgrund Wirtschaftsplan Bauhof.
4648	987000	Zuschuss Dachsanierung Kindergarten Hahn-Lehmden	0	25000	25000	Vertragliche Verpflichtung.

Herr Ammermann stellt anschließend für den Geschäftsbereich 3 anhand eines umfangreichen Power-Point-Vortrags die Veränderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt dar. Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses einzelne Positionen durch. Es werden Verständnisfragen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

### **Zuschuss Ferienhort**

Herr Sundermann berichtet, dass die Frauenbeauftragte gemeinsam mit den Tagesmüttern einen Antrag auf Bezuschussung zur Durchführung des Ferienhorst in Höhe von 500 Euro gestellt hat. Hierüber ist im Fachausschuss noch zu beraten.

Frau Fisbeck erklärt, dass bereits kostenlos Räume für die Tagesmütter zur Verfügung gestellt werden. Außerdem betont sie, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, den beantragten Zuschuss nicht zu gewähren.

Her Henkel weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss den Antrag nicht abgelehnt, sondern in den Fachausschuss zurücküberwiesen hat. Er stellt heraus, dass keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden sollten. Vielmehr geht es darum, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, um letztendlich auch eine Gleichbehandlung zu erreichen.

Auf Nachfrage von Frau Langhorst erklärt Herr Sundermann, dass zur Zeit die Spielkreise Rastede-Nord und Delfshausen gefördert werden. Beide Spielkreise tragen dazu bei, dass die Gemeinde Rastede den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz erfüllen kann. Außerdem erhält der Spielkreis in Wahnbek seit rund 10 Jahren einen jährlichen Zuschuss zur Anschaffung von Spielgeräten.

Der Antrag auf Förderung des Kinderferienhorts in Höhe von 500 Euro wird einstimmig abgelehnt.

### **Jugendraum Delfshausen**

Herr Sundermann berichtet, dass in der Liste der nicht beschlossenen Maßnahmen auch der Jugendraum Delfshausen aufgeführt ist.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass die Jugendlichen kein großes beziehungsweise neues Gebäude benötigen, sondern sich in einem vorhandenen Gebäude selbst einrichten möchten. Um die Eigenleistungen erbringen zu können, sollte ein Zuschuss in Höhe von 5000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Außerdem betont sie, dass die Gruppe bereits seit 10 Jahren existiert, so dass auch die nötige Substanz vorhanden ist.

Bürgermeister Decker ergänzt, dass ein derartiger Zuschuss die Bereitschaft zur Eigeninitiative in Delfshausen weiter stärkt.

Der Ausschuss empfiehlt, 5000 Euro für die Umbauarbeiten im Haushalt einzustellen.

### **Dorfgemeinschaftshaus „Alte Schule Südbäke“**

Bürgermeister Decker berichtet, dass die Dorfgemeinschaft Südbäke einen behindertengerechten Aufgang für das Dorfgemeinschaftshaus „Alte Schule Südbäke“ bauen möchte. Dafür benötigt die Dorfgemeinschaft einen Zuschuss in Höhe von 5000 Euro.

Herr Henkel unterbreitet den Vorschlag, für diese Maßnahme 5000 Euro einzustellen.

Der Ausschuss empfiehlt, 5000 Euro für einen behindertengerechten Aufgang im Haushalt einzustellen.

### Haushaltskonsolidierungskonzept

Im Anschluss erläutert Herr Dudek das Haushaltskonsolidierungskonzept.

Er stellt heraus, dass:

- 1.) dargestellt werden muss, was bis 2002 an Einsparmöglichkeiten genutzt wurde.
- 2.) gezeigt werden muss, welche Einsparmöglichkeiten ab 2003 wirksam werden.
- 3.) erläutert werden muss, welche Einsparmaßnahmen noch im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen möglich sind.
- 4.) aufgezeigt werden muss, welche Dinge ab 2004 eingeleitet werden können.

Herr Dudek macht deutlich, dass die Aufsichtsbehörde verlangt, dass Prüfaufträge in jede Richtung und ohne Tabu erfolgen müssen. Er stellt klar und deutlich heraus, dass die Erteilung eines Prüfauftrags aber noch nicht heißt, dass diese Maßnahme schon beschlossene Sache ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt Herr Dudek allgemeine und budgetspezifische Prüfaufträge vor.

Allgemeine Prüfaufträge:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, alle Zuschüsse auf Notwendigkeit und Höhe zu überprüfen. Auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse sind für die jeweiligen Bereiche Zuschussrichtlinien zu entwerfen und zur Entscheidung vorzulegen. Es ist mindestens darauf zu achten, dass eine definierte maximale jährliche Ausgabenhöhe grundsätzlich nicht überschritten wird.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Miet- und Pachtverträge gekündigt oder in der Weise verändert werden können, dass sich gegenüber der derzeitigen Situation eine Wirtschaftlichkeitsverbesserung ergibt. Mindestens zu prüfen sind die Miet- und Pachtverträge Kögel-Willms-Platz, Kögel-Willms-Busch, Reitwege im Eichenbruch, Campingplatz Hahn, Palais und Palais-Garten, Schlosspark (Rennplatz, Schlosspark, Sportplatz, Freibad).
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen die Schließung von öffentlichen Einrichtungen insbesondere vor dem Hintergrund hat, diese Einrichtungen nach der Konsolidierung wiederzueröffnen und bis zu diesem Zeitpunkt im Falle des Eigentums die Bausubstanz zu erhalten. Soweit eine dauerhafte Schließung seitens der Gemeinde in Betracht kommt, ist der Verkauf der Einrichtung mit dem Ziel zu prüfen, dass die Einrichtung von einem neuen Träger weiterbetrieben wird.
- 4.) Die Kosten für die laufende Unterhaltung von Baulichkeiten und Außenanlagen werden limitiert und auf eine Größenordnung festgesetzt, die sich nach festen Merkmalen errechnet. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Berechnung vorzunehmen und die sich daraus ergebenden Unterhaltungsmöglichkeiten darzustellen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten des Verkaufs von kommunalen Beteiligungen zu prüfen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Aufgaben die Gemeinde abgeben kann und ggfs. entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Spezielle, budgetorientierte Prüfaufträge:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Rückübertragung der Aufgabe Jugendhilfe auf den Landkreis Ammerland durch Kündigung des Vertrages sowie die sich daraus ergebenden Folgen zu prüfen.
- 2.) Alternativ zur Rückübertragung der Aufgabe Jugendpflege wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, die Leistungen in der Jugendarbeit auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Verwaltung hat in diesem Rahmen, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind folgende Punkte abzuhandeln:
  - Schließung der Villa Hartmann und Außenstellen
  - Notwendigkeit und Umfang Ferienaktionen
  - Überprüfung der personellen Ausstattung
  - Notwendigkeit und Höhe Zuschuss Jugendbetreuung Rastede-Nord
  - Notwendigkeit und Höhe Zuschuss Kinderschutzbund
  - Notwendigkeit und Höhe Förderung Arbeitskreis Tagesmütter
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche wirtschaftlichen Vorteile es für die Gemeinde haben kann, wenn durch Kündigung des Vertrages mit dem Landkreis Ammerland die Aufgabe Kindertagesstätten auf den Landkreis rückübertragen wird.
- 4.) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, die Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen für den Transport von Kindern zu den Tagesstätten mit Wirkung ab dem Kindergartenjahr 2003/2004 einzustellen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Beteiligung an den Investitionskosten für das Kreiskrankenhaus zu prüfen.

Bürgermeister Decker macht deutlich, dass die Mitfinanzierung des II. Bauabschnittes Kreiskrankenhaus vertraglich vereinbart wurde, so dass hier kein Einsparpotential vorliegt.

Frau Weber und Herr Salhofen geben zu bedenken, dass Sparmaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich gravierende Folgen haben können.

Herr Dudek verdeutlicht daraufhin noch einmal, dass es sich bei den vorgestellten Maßnahmen nur um Prüfaufträge handelt.

### **Beschlussempfehlung:**

Dem Haushaltsplanentwurf wird unter Berücksichtigung der Beratung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschläge zum Haushaltskonsolidierungskonzept zu prüfen und die Ergebnisse vorzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 8**

**Schließung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Weber schließt die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses um 19:40 Uhr.